



Landes-SGK EXTRA

Sachsen-Anhalt/Thüringen/Sachsen

SGK Sachsen-Anhalt e.V. / SGK Thüringen e.V. / SGK Sachsen e.V.

Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2016

Bürgermeister- und Verbandsgemeindebürgermeisterwahlen

Autor Alexander Lehmann (Landesgeschäftsführer SGK Sachsen-Anhalt)



Foto: M. Großmann / pixelio.de

Im September und Oktober fanden in einer Reihe von Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden in Sachsen-Anhalt Bürgermeisterwahlen statt. Hier eine kurze Auswertung der Ergebnisse.

Stadt Arendsee (Altmark): Norman Klebe als einziger Bewerber gewählt.

Stadt Kalbe (Milde): Karsten Rurh als einziger Bewerber gewählt.

Stadt Klötze: Uwe Frank von der UWG JOD setzt sich mit 56,4 % gegen Matthias Mann von der CDU durch.

Bitterfeld-Wolfen: Der parteilose Einzelbewerber Dr. Eckbert Flämig

und Armin Schenk von der CDU mussten in der Stichwahl am 06.11.2016 (nach Redaktionsschluss) noch einmal antreten. Jan Kiese von der SPD erhält 9,8 % der Stimmen. Kay-Uwe Ziegler von der AfD erreicht 20,9 %, erreicht aber nicht die Stichwahl.

Muldestausee: Die beiden parteilosen Bewerber Ferid Giebler und Bodo Werner traten in der Stichwahl noch einmal gegeneinander an. Giebler erzielte im ersten Wahlgang 46,5 % der Stimmen. Die Stichwahl fand am 06.11.2016 statt.

Gemeinde Osternienburger Land: Stefan Hemmerling (CDU) setzt sich mit 62,7 % gegen Jennifer Zerrenner (AfD) mit 19,9 % und Karsten Todte (SPD) mit 17,4 % durch.

Raguhn-Jeßnitz: Die beiden parteilosen Kandidaten Eberhard Berger und Bernd Marbach traten in der Stichwahl am 06.11.2016 noch einmal an. Der AfD-Landtagsabgeordnete Hannes Loth erreichte nur 15 %.

Stadt Südliches Anhalt: Von insgesamt sechs Bewerbern müssen Burkhard Bresch (Die Linke) mit 25,6 % und der parteilose Kandidat Thomas Schneider mit 40,5 % in die Stichwahl.

Hohe Börde: Steffi Trittel setzt sich mit 81,9 % im ersten Wahlgang gegen Martin Reichardt von der AfD durch.

Oebisfelde-Weferlingen: Es kommt am 06.11.2016 zu einer Stichwahl

Inhalt

Sachsen-Anhalt
Kommunalwahlen in
Sachsen-Anhalt 2016

2016 – Ein Rückblick

Thüringen
Mehr Demokratie
in Kommunen

Fokus Jugendpolitik

SPD schnürt familien-
politisches Paket

Sachsen
Rot-Grün-Rot steht
für einen anderen Politikstil

Leipzig – Mehr Investitionen
für den Sport

Beteiligung schafft
Akzeptanz

zwischen Bogumila Jacksch (UWG) und Hans-Werner Kraul (CDU). Kraul erreicht im ersten Wahlgang 46,1 % der Stimmen, Jacksch 25 %.

Harzgerode: Marcus Weise (CDU) setzt sich im ersten Wahlgang mit 87,8 % der Stimmen gegen Michael Hoffmann und Horst Schöne (beide parteilos) durch.

Osterwieck: Ingeborg Wagenführ gewinnt die Bürgermeisterwahl in Osterwieck mit 67,1 % gegen Peter Kleinert (parteilos) und Alexander Räuscher (CDU).

Allstedt: Jürgen Richter gewinnt mit 58,2 % der Stimmen.

Arnstein: Frank Sehnert (partei-

los) setzt sich mit 57,6 % der Stimmen gegen Harald Detto (FFA) mit 42,4 % durch.

Gerbstedt: **Siegfried Schwarz** (CDU) gewinnt mit 60,5 % der Stimmen im ersten Wahlgang.

Seegebiet Mansfelder Land: Der langjährige Bürgermeister **Jürgen Ludwig** setzt sich im ersten Wahlgang gegen seine drei Konkurrenten mit 67,7 % der Stimmen durch.

Südharz: **Ralf Rettig** (parteilos) gewinnt mit 62,9 % der Stimmen.

Teutschenthal: Der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete **Ralf Wuschinski** setzt sich mit 51,8 % in der Stichwahl gegen Frank Witte (FDP) durch. Der amtierende Bürgermeister André Herzog (parteilos) erreichte im ersten Wahlgang nur 22,2 %.

Barby: Torsten Reinharz (SPD) ging mit 36,3 % der Stimmen als klarer Favorit in die Stichwahl am 06.11.2016. Jörn Weinert (CDU) erreichte mit 18 % als zweiter Kandidat die Stichwahl. Insgesamt waren 9 Kandidaten in Barby angetreten.

Seeland: **Heidrun Meyer** setzt sich mit 51,5 % der Stimmen gegen Mario Lange durch.

Bismark (Altmark): **Annegret Schwarz** (CDU) gewinnt im ersten Wahlgang mit 74,6 % der Stimmen.

Hansestadt Werben: In der am 13.11.2016 stattfindenden Stichwahl treten die beiden parteilosen Kandidaten Wolfgang Tacke und Wolfgang Trösken erneut gegeneinander an.

Kemberg: **Torsten Seelig** (CDU) gewinnt als einziger Bewerber.

Verbandsgemeinde Beetendorf-Diesdorf: **Michael Olms** (CDU) gewinnt mit 52 % der Stimmen gegen die beiden parteilosen Kandidaten Rolf Bütthe und Sven Schüler.

Verbandsgemeinde Elbe-Heide: **Thomas Schmette** wird als einziger Bewerber gewählt.

Verbandsgemeinde Obere Aller: **Frank Frenkel** wird als einziger Bewerber gewählt.



In vielen Rathäusern bricht nach der Wahl ein neues Zeitalter an.

Foto: Martin Berk /pixelio.de

Verbandsgemeinde Westliche Börde: In der Stichwahl am 06.11.2016 traten Fabian Stankewitz (SPD) und Peter Klamsner (CDU) erneut an.

Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst: **Uwe Kraneis** setzt sich in der Stichwahl mit 64,7 % der Stimmen gegen Arnd Czapek (CDU) durch.

Verbandsgemeinde Unstruttal: **Jana Grandi** (CDU) setzt sich mit 57,5 % der Stimmen im ersten Wahlgang durch. Matthias Sanftleben von der AfD erhielt 9,9 % der Stimmen, Udo Mänicke (parteilos) 32,7 %.

Verbandsgemeinde Wethautal: **Kerstin Beckmann** wird als einzige Bewerberin gewählt.

Verbandsgemeinde Vorharz: **Ute Pesseelt** setzt sich gegen Matthias Hellmann (beide parteilos) im ersten Wahlgang mit 64,8 % der Stimmen durch.

Verbandsgemeinde Goldene Aue: **Ernst Hofmann** wird als einziger Bewerber gewählt.

Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra: **Bernd Skyrpek** (CDU) gewinnt mit 65,8 % gegen Gunter Waken (AfD) mit 24 % und

Ingo Bodtke (FDP) mit 10,2 %.

Verbandsgemeinde Weida-Land: **Kay-Uwe Böttcher** gewinnt mit 89,1 % der Stimmen gegen Jörg Petzky mit 10,9 %.

Verbandsgemeinde Egelner Mulde: **Michael Stöhr** (UWGE) setzt sich mit 60,2 % gegen Jan Bauer (AfD) 10 % und Sven Rosomkiewicz (CDU) 29,8 % durch.

Verbandsgemeinde Saale-Wipper: **Jan Ochmann** (CDU) setzt sich mit 59 % gegen seine drei Mitbewerber durch. Seluan Al-Chakmakchi (SPD) erreicht 14 % der Stimmen.

Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck: **René Schernikau** (parteilos) gewinnt gegen Eike Trumpf (CDU) mit 64,8 % der Stimmen.

Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land: Am 13.11.2016 kommt es zur Stichwahl zwischen Bernd Witte und Steffi Friedebold (beide parteilos). Der AfD Kandidat erhielt 8,7 % der Stimmen.

2016 – Ein Rückblick

Autor Alexander Lehmann, Landesgeschäftsführer SGK Sachsen-Anhalt

Liebe Mitglieder der SGK Sachsen-Anhalt,

das Jahr 2016 neigt sich langsam aber sicher dem Ende zu. Es war kein leichtes Jahr für die Sozialdemokratie. Die erste Jahreshälfte war durch den Wahlkampf zur Landtagswahl und die anschließenden Koalitionsverhandlungen geprägt. Aber bereit hier zeichneten sich erste Erfolge für die kommunale Ebene ab. Mit zusätzlichen Mitteln im Finanzausgleichsgesetz (FAG) und dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) hat die Regierung wichtige Forderungen der Kommunalos aus dem Wahlkampf umgesetzt. Die Gesetzesänderungen bringen Planungssicherheit und Handlungsspielräume für die Kommunen. Nun gilt es, die Fortschreibung des FAG und die Novellierung des KiföG weiter kritisch zu begleiten. Auch die Einigung bei den Bund-

Länder-Finanzbeziehungen wird Auswirkungen auf die kommunale Ebene haben.

Als SGK Sachsen-Anhalt haben wir in diesem Jahr vor allem maßgeschneiderte Veranstaltungen für Mitgliedsgliederungen durchgeführt. Zudem haben wir versucht die Bürgermeisterwahlkämpfe im Land inhaltlich zu begleiten. Auch hier stand das Thema KiföG im Mittelpunkt unserer Vermittlungsangebote. Daneben haben wir z.B. die Stadtratsfraktion Halle bei der strategischen Ausrichtung ihrer kommunalpolitischen Arbeit und Kommunikation für die kommenden Jahre bis zur Kommunalwahl 2019 unterstützt.

Im kommenden Jahr werden wir wieder verstärkt allgemeine Bildungsangebote vorhalten. Mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen

werden wir das Thema KandidatInnen für Wahlämter und Kommunalparlamente in den Fokus rücken. Solltet Ihr Interesse daran haben, eine Veranstaltung oder ein Schulungsangebot vor Ort anzubieten, bitte kontaktiert mich unter den bekannten Kontaktdaten. Ich stehe Euch immer gern zur Verfügung.

Ich möchte die Gelegenheit der letzten Ausgabe der DEMO in diesem Jahr nutzen um mich bei all unseren Partnern und Teilnehmern für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken. Ich wünsche uns allen eine frohe und besinnliche Vorweihnachtszeit, erholsame Feiertage und alles Gute für das Jahr 2017.

Ich hoffe auch im kommenden Jahr wieder zahlreiche Teilnehmer bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Mehr Demokratie in Kommunen

Ein „Meilenstein für die direkte Demokratie“

Autorin Elisabeth Kaiser, Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion

Mit dem Thüringer Gesetz zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene stärkt der Landtag die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in den Thüringer Gemeinden und Landkreisen. Das Gesetz war notwendig geworden, weil sich die bisherigen Regelungen der Thüringer Kommunalordnung in der Praxis als teilweise lückenhaft oder widersprüchlich erwiesen hatten. Der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag Uwe Höhn bezeichnete in der Landtagsdebatte das neue Gesetz als „Meilenstein für die direkte

Demokratie“, von dem sowohl die Gemeinderäte als auch die Bürger gleichermaßen profitieren würden. Neben verfahrenstechnischen Vereinfachungen und Klarstellungen enthält das Gesetz eine Reihe von Neuerungen. So bekommen die Gemeinderäte erstmals die Möglichkeit, ein sogenanntes Ratsreferendum anzusetzen, um Fragen von besonderer öffentlicher Relevanz direkt durch die Bürger entscheiden zu lassen. Weiterhin können Gemeinderäte im Falle eines durch die Bürger eingeleiteten Bürgerentscheides eine Alternativvorlage mit zur Abstimmung stellen.



Gemeinsam für mehr Demokratie (v.l.): Matthias Hey (SPD-Fraktion), Ralf-Uwe Beck (Mehr Demokratie e.V.), Susanne-Hennig-Wellsow (DIE LINKE), Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Foto: Elisabeth Kaiser

Dadurch wird vermieden, dass Bürgerentscheide am Gemeinderat vorbei getroffen werden, vielmehr wird der Dialog um die „beste Lösung“

befördert. Neu ist außerdem die Möglichkeit, Bürgerbegehren und -entscheide zu Belangen von Ortsteilen und Ortschaften durchzuführen.

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: www.bnr.de



Diana Lehmann (2.v.r.) benennt die Anforderungen an eine moderne Jugendpolitik.

Foto: Elisabeth Kaiser

Eigenständige Jugendpolitik in Thüringen

Autorin Elisabeth Kaiser, Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion

Am 8. September 2016 luden die drei Koalitionsfraktionen, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur gemeinsamen Veranstaltung „Fokus Jugendpolitik“ in den Thüringer Landtag ein, die sich mit dem Thema einer eigenständigen Jugendpolitik in Thüringen auseinandersetzte. Deshalb war es kein Zufall, dass unter den mehr als hundert Gästen viele junge Menschen waren. Mit ihnen

diskutierten die Fachsprecherinnen der rot-rot-grünen Koalition über ihre Bedürfnisse und Vorstellungen von einer eigenständigen Jugendpolitik. Das Interesse an der Veranstaltung war groß. Nicht nur Jugendliche und junge Erwachsene kamen im Landtag zusammen, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter der Jugendverbände, der Jugendhilfeausschüsse, der Ministerien sowie der politischen

Parteien und ihrer Jugendverbände. Auch die Landesschülervertretung und gewerkschaftliche Jugendverbände waren anwesend.

Kinder und Jugendliche sollen mehr beteiligt werden

In einem Speed-Podium, moderiert von Landesjugendring-Geschäftsführer Björn Uhrig, äußerten sich die drei Koalitionsvertreterinnen Susanne

Hennig-Wellsow (LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) über die Kerninhalte einer rot-rot-grünen Jugendpolitik. Die Koalition beabsichtigt beispielsweise, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen voranzubringen, die Angebote der Jugendarbeit zu verstetigen und zu erweitern sowie die Integration von zugezogenen Kindern und Jugendlichen zu fördern. Zu den Kernzielen gehört auch, die zügige Einführung eines Azubi-Tickets.

Kommunen sind erste Adresse beim Thema Jugendpolitik

Der Professor Werner Lindner von der Ernst-Abbe-Hochschule Jena betonte die Bedeutung der kommunalen Ebene, denn nur die Kommunen könnten eine eigenständige Jugendpolitik wirklich umsetzen. Daneben sei die tatsächlich erlebbare Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im Alltag wichtig für ihre weitere Entwicklung, führte Prof. Lindner aus. Nach einer Workshop-Phase und einer gemeinsamen Auswertung im Podium bestand unter den Anwesenden Einigkeit darin, dass sich die Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendpolitik verändern müssten. Es brauche z. B. mehr Personal, Räume und Budget. Eine eigenständige Jugendpolitik in Thüringen müsse ressortübergreifend wirken und Möglichkeiten der Beteiligung für die Jugendlichen schaffen.

SPD schnürt familienpolitisches Paket

Familienpolitik als Kernaufgabe für ein zukunftsorientiertes Thüringen

Autorin Elisabeth Kaiser, Pressestelle der SPD-Landtagsfraktion

Am 9. September 2016 trafen sich Birgit Pelke, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, und Diana Lehmann, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, zu einem familienpolitischen Brunch mit Vertreterinnen und Vertretern der Thüringer Familienverbände im Thüringer Landtag, um mit ihnen die Vorhaben der SPD für eine ganzheitliche Familienpolitik zu besprechen, zugunsten von Eltern, Kindern, Jugendlichen und ältere

ren Menschen. Die SPD-Fraktion möchte eine Sozial-, Familien- und Jugendpolitik gestalten, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert, den sozialen Ausgleich stärkt sowie für handlungsfähige Kommunen sorgt.

Während ihrer Sommertour 2016 besuchten die beiden SPD-Abgeordneten verschiedene soziale Träger, Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren,

um über deren Herausforderungen und Bedürfnisse zu sprechen. Aus den Ergebnissen dieses Dialoges und Analysen der demografischen wie der sozialen Lage in Thüringen haben die Familienpolitikerinnen politische Maßnahmen abgeleitet und diese in einem familienpolitischen Forderungskatalog zusammengefasst.

Das „Familienpolitische Paket“ der SPD-Fraktion enthält Maßnahmen

für eine generationsübergreifende Familienpolitik und ein familienfreundliches Thüringen.

Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres

Eine Entlastung aller Thüringer Familien soll durch die Einführung der Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres vor dem Schuleintritt ab 2018 realisiert werden. Dadurch würden nahezu alle Familien mit Kindern im Vorschulalter bzw. die

jeweilige Kommune entlastet, die ersatzweise die Gebühren für bedürftige Familien übernimmt. Damit werde zugleich der Einstieg in die generelle Gebührenbefreiung in der frühkindlichen Bildung erreicht. Bei Umsetzung sei sicherzustellen, dass tatsächlich alle sogenannten Vorschulkinder von der Gebühr befreit werden. Eine möglichst verwaltungseinfache Variante könnte über eine Pauschale pro belegten Platz erzielt werden, die zweckgebunden an die jeweilige Gemeinde gezahlt würde.

Landesprogramm „Solidarisches Zusammen- leben der Generationen“

Zudem sprachen die beiden SPD-Politikerinnen beim familienpolitischen Brunch über das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ zur Unterstützung von Familien. Das Programm diene allen Thüringer Familien und richte sich direkt an die

Landkreise und kreisfreien Städte. Ziel sei, eine zweckgebundene und dauerhafte Förderung für diese zu sichern und eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur vor Ort auszubauen. Damit solle das Zusammenleben mit Kindern, das Heranwachsen der jungen Generation, die Fürsorge gegenüber der älteren Generationen sowie das Miteinander aller Generationen gefördert und unterstützt werden. Das Landesprogramm sei gemeinsam mit den familienpolitischen Akteuren zu entwickeln und Anfang 2018 umzusetzen. Das Programm soll mit bis zu 10 Millionen Euro ausgestattet werden.

Jugendförderung

Die dauerhafte und verbindliche Förderung niedrigschwelliger Freizeitangebote für junge Menschen machten die SPD-Politikerinnen bei dem Treffen ebenfalls zum Thema. Denn diese unterstütze Thüringer Familien beim Heranwachsen der

jungen Generation. In den vergangenen zehn Jahren sei die Anzahl der 10- bis 18-Jährigen nahezu stabil geblieben. Lebten 2006 ca. 143.000 Menschen in dieser Altersgruppe in Thüringen, waren es 2015 ca. 137.000 Menschen. Deshalb sei die örtliche Jugendförderung in Höhe von mindestens 13 Millionen Euro gesetzlich zu verankern und der Landesjugendförderplan bedarfsgerecht finanziell auszustatten, fordert die SPD-Fraktion.

Diese Schwerpunkte sind zum Teil bereits in Bearbeitung durch die zuständigen Ministerien. Die SPD-Fraktion wirbt nun für eine breite parlamentarische Unterstützung dieser Vorhaben zum Wohle der Familien in Thüringen. Birgit Pelke und Diana Lehmann kündigten an, den Dialog mit allen Beteiligten fortzuführen und zu intensivieren, um die nötigen Maßnahmen nicht über deren Köpfe hinweg, sondern mit ihnen zu entwickeln.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Sachsen-Anhalt e.V.
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg
Redaktion: Alexander Lehmann,
Telefon/Fax: (0391) 25 85 75 54
www.sgk-lsa.de, info@sgk-lsa.de

SGK Thüringen e.V.
Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt
Redaktion: Jürgen Holland-Nell
Telefon: (0361) 228 44 21
info@sgkthueringen.de

SGK Sachsen e.V.
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Redaktion: Karin Pritzel, Sophie Augustin,
Stefan Engel
Telefon: (0351) 21 670 91

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressdruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**BESUCHEN
SIE UNS AUF**
www.demo-online.de

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

Rot-Grün-Rot steht für einen anderen Politikstil

Schulnetzplanung in Dresden: Bürgerbeteiligung ist eine Frage des Vertrauens

Autor SGK Sachsen

Aktuell wird in der Dresdner Stadtverwaltung ein neuer Schulnetzplan erarbeitet. Die letzte Fortschreibung von 2012, die 2014 evaluiert wurde, muss den aktuellen Gegebenheiten – wie einer immer weiter wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern, aber auch veränderten bildungspolitischen Rahmenbedingungen – angepasst werden. Der Schulbürgermeister, Dr. Peter Lames (SPD), hat zugesichert, dass der Entwurf des neuen Schulnetzplanes im Herbst zunächst öffentlich vorgestellt und diskutiert wird, bevor eine endgültige Entscheidung in den Gremien der Stadt fällt. Trotzdem herrscht bereits jetzt große Aufregung an einer Schule in der Stadt, dem Beruflichen Schulzentrum für Wirtschaft „Franz Ludwig Gehe“. Dessen Schulleiter Lars Kluger, von 1999 bis 2014 Stadtrat für die CDU

und langjähriger bildungspolitischer Sprecher der Fraktion, wehrt sich medial gegen den „Zwangsumzug“. Das Berufsschulzentrum hat eine lange Leidensgeschichte – wie leider zu viele Dresdner Schulen. Der ursprüngliche Standort in Löbtau war schnell zu klein, so dass mehrfach wechselnde Außenstellen nötig wurden. Dann folgten der Umzug in ein ebenfalls stark sanierungsbedürftiges Interim in Seidnitz und schließlich ein weiterer Umzug wieder in ein sanierungsbedürftiges Schulgebäude in Gorbitz.

Neuer Politikstil

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Dana Frohwieser: „Rot-Grün-Rot hat jedoch einen neuen Politikstil versprochen und setzt diesen seit 2014 in der Landeshauptstadt um. Wir machen

Schulnetzplanung MIT den Betroffenen, nicht gegen sie. Die Sorgen von Beschäftigten nehmen wir ernst. Sie sind aber auch ein trauriges Zeichen dafür, dass die Menschen in dieser Stadt und diesem Land nach jahrelanger herrschaftlicher CDU-Politik wenig Vertrauen in die Verwaltung und Politik haben.“ So wird ab Herbst zunächst eine öffentliche Diskussion des Verwaltungsentwurfes für den Schulnetzplan stattfinden, in der einzelne Schulen, Eltern, Schülerinnen und Schüler und andere Interessierte ihre Bedenken, Wünsche und Verbesserungsvorschläge vorbringen können. Erst danach wird der Stadtrat, nach gründlicher Abwägung der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses, über den endgültigen Schulnetzplan entscheiden.

Bereits in ihrer ersten Kooperationsvereinbarung von 2014 hatten die Fraktionen und Parteien von LINKEN, GRÜNEN, SPD und Piraten festgeschrieben: „Darüber hinaus braucht Dresden eine neue politische Kultur. Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz nach innen und außen. Wir wollen konstruktiv und lösungsorientiert mit der Verwaltung und mit anderen demokratischen Akteuren zusammenarbeiten.“

Beteiligung erhöht die Qualität

Dies wurde beispielsweise bereits bei der Erarbeitung der Schulbauleitlinie der Stadt Dresden umgesetzt, die die nach einem umfangreichen Beteiligungsverfahren deutlich an Qualität und Zustimmung gewonnen hat und demnächst vom Stadtrat verabschiedet werden soll. Anders als die damalige Mehrheit von CDU und FDP, die im Jahr 2001 entgegen der Sächsischen Gemeindeordnung nur eigene Kandidaten als Beigeordnete gewählt hatte, hat die Rot-Rot-Grüne Kooperation 2015 auch der CDU das Vorschlagsrecht für zwei der sieben Beigeordneten eingeräumt.



Dana Frohwieser

Foto: privat

Die CDU, die seit 1990 ununterbrochen das sächsische Kultusministerium führt, hat leider viel zu lange und entgegen den Meinungen und Forderungen von Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern vor Ort auf dauerhaft sinkende Schülerzahlen und die Schließung von Schulen gesetzt.

Unter Schulbürgermeister Winfried Lehmann (CDU) wurde 2004 das damalige Erich-Wustmann-Gymnasium in Prohlis und 2005 das Johann-Andreas-Schubert-Gymnasium in Gorbitz geschlossen – ausgerechnet in jenen Stadtteilen, die laut 2. Dresdner Bildungsbericht von 2012 zum Entwicklungsraum 1 zählen, d.h. Stadtteile mit sehr starker sozialer Belastung und sogar, verglichen mit 2009, einer Entwicklung stark unter dem städtischen Durchschnitt. Auch diese Fragen muss eine verantwortungsvolle Schulnetzplanung im städtischen Gesamtinteresse berücksichtigen. Dazu die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Dana Frohwieser: „Im Interesse der jungen Menschen in dieser Stadt – in der gesamten Stadt – wünsche ich mir, dass wir die Vorschläge, die letztlich im Schulnetzplanentwurf stehen werden, ergebnisoffen diskutieren können. Auch die jungen Menschen im Dresdner Osten und Westen haben einen Anspruch auf gute und nahe Bildungsangebote. Wenn hierzu Kompromisse nötig sind, sollten alle Seiten bereit sein, diese zunächst offen zu prüfen und zu diskutieren.“ Sie vertraue auf ein gelungenes öffentliches Beteiligungsverfahren, an dessen Ende eine politische Entscheidung stehe, die von breiter Zustimmung der Betroffenen und der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Dresden getragen wird.

Foto: Bernd Kasper/pixelio.de



Friedliche Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2017 wünscht Ihnen die Geschäftsstelle der SGK Sachsen! Wir sind auch im nächsten Jahr Ihre Ansprechpartnerin für kommunalpolitische Fragen.

SGK Sachsen e.V. | Kamener Str. 12 | 01099 Dresden
Tel.: 0351 | 2167091 | Fax: 0351 | 8040222
www.sgksachsen.de

Geschäftsführerin: Karin Pritzel (pritzel@wehnerwerk.de)
Mitarbeiter: Stefan Engel (engel@sgksachsen.de)

DAS DEBATTENMAGAZIN

Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo* 40,- €; Studentenjahresabo* 25,- €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Leipzig – Mehr Investitionen für den Sport

Ballsportarten und kleine Vereine im Fokus

Autor Christopher Zenker, SPD-Stadtrat in Leipzig und sportpolitischer Sprecher

In der nächsten Ratsversammlung im November soll das neue Sportprogramm der Stadt beschlossen werden. Mit diesem Konzept, das bis zum Jahr 2024 Gültigkeit haben soll, möchte die Stadt Leipzig die Sport- und die Sportstättenentwicklung steuern.

Noch Änderungsbedarf

Das Konzept enthält viele Verbesserungen, zum Beispiel bei den Pachtzuschüssen oder im Bereich Inklusion. Dennoch sieht die Leipziger SPD-Ratsfraktion Änderungsbedarf.

Hier ist sei vor allem das Investitionsbudget für Sportpachtanlagen wichtig, aus dem Baumaßnahmen von Sportvereinen kofinanziert werden. Der bauliche Zustand vieler Sportanlagen sei unbefriedigend. So müssen rund mehr als zwei Drittel von ihnen kurz- bis mittelfristig vor allem im Bereich der Sanitär- und Umkleieräume saniert werden.

Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion eine Erhöhung des Investitionsbudgets auf jährlich 1,5 Millionen Euro.

Weitere Themen, die im kommenden Sportprogramm stärker berücksichtigt werden sollen, sind unter anderem die Erhöhung der Sporthallenkapazitäten. Deshalb setzt sich die Fraktion für einen Neubau oder die Sanierung einer weiteren Dreifeldhalle im Leipziger Westen ein, um gerade für die Ballsportarten Verbesserungen zu erreichen, oder auch für die bessere personelle Ausstattung des Sportamtes, um die vielen kleineren Sportvereine in Leipzig besser unterstützen und beraten zu können.



Christopher Zenker

Foto: privat

Beteiligung schafft Akzeptanz

Diskussionsveranstaltungen des Regionalen Planungsverbandes

Autor SGK Sachsen

Im Zuge der Fortschreibung der Regionalplanungen in Sachsen setzen die zuständigen Planungsverbände auf neue Formen der Bürgerbeteiligung. Vor allem im Bereich der Windenergienutzung und der dafür vorgesehenen Flächen gab es in den vergangenen Jahren zahlreiche Diskussionen und Vorwürfe, die Bürger vor Ort würden nicht ausreichend informiert.

Öffentliche Debatte wird schon früh geführt

Zuletzt hat der Regionale Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge zu mehreren öffentlichen Diskussionsveranstaltungen eingeladen, um dort die geplanten Flächen für die Windkraftnutzung bereits in einem frühen Stadium mit der Öffentlichkeit zu diskutieren. Gemeinsam mit dem Sprecher für Landesentwicklung der CDU-Fraktion, Oliver Fritzsche, nahm Jörg Vieweg, SPD-Stadtrat in Chemnitz und stellvertretender Vorsitzender der SGK Sachsen, an den Diskussionsveranstaltungen teil.



Informieren, Visualisieren, Beteiligen

Foto: Bürgerbüro MdL J. Vieweg

„Mir ist dieser Dialog besonders wichtig. Mit dieser Form der Öffentlichkeitsbeteiligung setzen wir den Koalitionsvertrag um. Dort haben wir vereinbart, dass wir Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Planungen sowohl für Neustandorte als auch für das sogenannte ‚Repowering‘ einbeziehen und damit eine stärkere Mitwir-

kung der Menschen vor Ort fördern wollen“, so Jörg Vieweg, der auch energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag ist.

Für ihn ist klar: „Um die Energiewende zum Erfolg zu führen und damit Sachsen auch in Zukunft ein Energieland bleibt, ist der Ausbau der Windkraftnutzung unerlässlich.

Denn die Windkraftnutzung an Land ist die günstigste und wirtschaftlichste Form der erneuerbaren Energiegewinnung. Doch dafür brauchen wir die Akzeptanz der Menschen vor Ort.“

Durch ständigen Dialog und die frühzeitige Einbeziehung in die Planungen können Vorurteile abgebaut und die Chancen der Windkraftnutzung für die Kommunen vor Ort besser dargestellt werden.

Bürger und Kommunen könnten finanziell profitieren

„Beteiligung bedeutet aber für mich nicht nur mitreden: Ich setze mich dafür ein, dass sich sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch Kommunen und Landkreise selbst finanziell an der Errichtung von Windkraftanlagen beteiligen können und damit die Wertschöpfung vor Ort erhalten wird“, so Vieweg weiter. Damit soll erreicht werden, dass möglichst viele Menschen von der Energiewende profitieren können. Für die Fortschreibung der Fachpläne in den anderen regionalen Planungsverbänden wünscht Jörg Vieweg sich ähnliche Formen der frühzeitigen Partizipation. Diese Formate seien wichtig, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen und die energiepolitischen Ziele zu erläutern.